



Stellungnahme zu den Terroranschlägen der Hamas und der Eskalation in Israel und Palästina

gLV AG Migration und Vielfalt in der SPD Berlin

Der furchtbare Terroranschlag der Hamas auf Israel und die darauffolgende schreckliche Eskalation im Gazastreifen schnüren uns den Brustkorb zu und machen unsere Herzen schwer.

Es verschlägt einem die Sprache und erfüllt mit tiefer Trauer, Zeuge dieser Gewalt zu sein. Wir wollen uns in diesen schwierigen Zeiten dennoch äußern, da wir es als politisches Gremium in der Berliner Sozialdemokratie als unsere Verantwortung begreifen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt den Familien und Freunden der zivilen Opfer der Hamas. Wir verurteilen die menschenverachtenden Taten der Hamas aufs Schärfste. Wir fordern die Terrorist:innen auf, alle Geiseln sofort freizulassen!

Wir stehen klar für das Existenz-Recht des israelischen Staates und bekennen uns zu der historischen Verantwortung Deutschlands, jüdisches Leben überall zu schützen. Der steigende Antisemitismus und die Übergriffe auf jüdische Einrichtungen, in Berlin und weltweit, besorgen uns zutiefst. Wir wollen jeden Antisemitismus bekämpfen und zurückdrängen.

Der Staat Israel hat natürlich das Recht, wie jeder andere Staat auch, auf Selbstverteidigung.

Wir wollen aber ebenfalls klar betonen, dass Israel dabei, wie jeder andere Staat auch, an das Völkerrecht gebunden ist. Verstöße gegen das Völkerrecht lehnen wir grundlegend ab.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ebenso den Familien und Freunden der zivilen Opfer im Gaza-Streifen und in der Westbank.

Wir halten an unserer Forderung der Zwei-Staaten-Lösung fest, denn auch die Palästinenser:innen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Frieden, genau wie die Bürger:innen Israels.

Da es unserer Ansicht nach keine militärische Lösung für den Konflikt geben kann, fordern wir ein schnellstmögliches Ende der Eskalation und die humanitäre Versorgung der unschuldig Leidtragenden.

Für die Gesellschaft in Berlin wollen wir dazu beitragen, die Räume für differenzierten Austausch und Empathie zu stärken. Pauschalisierende Vorverurteilungen von Juden und Muslimen lehnen wir ab. Rassismus und Antisemitismus muss bekämpft und verstärkt mit Bildungsangeboten entgegengetreten werden. Wir bekennen uns klar zur Versammlung- und Meinungsfreiheit im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit.